



VOR DER BUNDESTAGSWAHL

# Parteien ohne Alternative?

**Volk – Dein Wille geschehe! Zum Ende der beispiellosen Serie von Niederlagen bei Landtagswahlen seit 1998 setzte der Verlust der Regierung in NRW für die SPD einen unrühmlichen Höhepunkt. Kanzler Schröder, der zunehmend einsam an seiner Agenda-2010-Politik festhielt und -hält, zog seine Konsequenz: Er steuerte Neuwahlen an. Über 2/3 der Bevölkerung wünschen sich Neuwahlen.**

Also: Alles perfekt?  
Der gequälte Wahlbürger fragt sich: Wen soll ich denn nun wählen? Die SPD und die Grünen, die trotz (oder wegen) aller Einschnitte bei den kleinen Leuten die Arbeitslosigkeit nicht in den Griff bekamen? Die CDU und die FDP, die das gescheiterte Konzept der SPD in den wesentlichen Punkten mitgetragen hatten und nun noch schärfer einschneiden wollen? Ratlosigkeit soweit das Auge reicht.

Kaum eine der etablierten Parteien kommt auf die Idee, dass ihre seit dem Abgang von Kanzler Helmut Schmidt von Kohl über Schröder benutzten Instrumente falsch sein könnten. Fehlt es an einer grundlegenden Analyse der Probleme? Die Ursachen der Misere sind vielfältig. Sicherlich trugen dazu die Fehler bei der Vereinigung beider deutschen Staaten, die Umrechnungsfehler zu Ungunsten der Mark bei der Einführung des Euro, die Folgen der Globalisierung und der übertriebene Freihandel bei. Mit ähnlichen Problemen haben aber alle Staaten zu kämpfen.

Die Ursachen der Misere in Deutschland gründen tiefer. Keine Gesellschaft in der Geschichte war bisher mit dem

Problem einer abnehmenden Bevölkerungszahl konfrontiert. Gleichwohl setzen die etablierten Parteien zur Lösung der Probleme einseitig auf Wirtschaftswachstum. Wie aber sollen weniger Menschen, die zudem noch älter werden, mehr Wachstum erzeugen? Wann ist der Punkt erreicht, an dem Mann und Frau genug besitzen? Noch mehr Autos, noch mehr Kühlschränke? Und wie lange hält unsere Umwelt das stetig beschworene Goldene Kalb namens Wachstum aus? Hans Diefenbacher in der Frankfurter Rundschau: „Man braucht aber nur einen einfachen Taschenrechner zu bedienen, um sich vor Augen zu führen, dass jede Gesellschaft, deren Wirtschaftswachstum über einen längeren Zeitraum kontinuierlich wächst, in eine exponentielle Wachstumsdynamik hineingerät. Ein jährliches Wachstum von vier Prozent führt zu einer Verdoppelung bereits in 18 Jahren und nach 180 Jahren wäre das 1024-fache des Ausgangsbetrags erreicht.“

Was hingegen kontinuierlich wächst, ist die Produktivität, also die erzeugten Güter pro Ressourceneinsatz. Wenn aber immer mehr mit den gleichen Mitteln erzeugt werden kann, aber nicht

mehr Güter verkauft werden können, erzeugt die höhere Produktivität unweigerlich Arbeitslosigkeit. Statt nun die Segnungen des Fortschritts auf alle Menschen im Staate zu verteilen, machen die Politiker und die Unternehmer genau das Gegenteil: Sie verlängern die Arbeitszeit in allen denkbaren Variationen: Mehr Wochenstunden, mehr Lebensarbeitszeit, weniger Urlaub, weniger Feiertage usw. Kein Wunder, dass die Menschen in Deutschland den Glauben an die Mächtigen im Staat verlieren. Was wäre denn so schändlich daran, die Arbeitszeiten auf mehr Schultern zu verteilen? Mehr Zeit für die Familie, für den Garten, fürs Mopedfahren. Mehr Zeit für unsere Senioren und Pflegebedürftigen.

Gerne wären auch mehr Kinder wünschenswert. Aber sind es nicht gerade Politik und Wirtschaft, die die Kinderlosigkeit befördern? Wo sollen denn eine junge Frau und ein junger Mann den Mut hernehmen, Kinder in die Welt zu setzen, wenn alle ihnen einreden, sie müssten bis zum Kotzen flexibel sein? Kündigungsschutz weg? Löhne runter? Die Pharisäer bejammern ihre eigenen Untaten.

Wo sind die etablierten Parteien, wenn es um solch grundlegende Fragen geht? Angst vor dem Wähler? Ratlosigkeit ob der Komplexität der Probleme?

„Mit der Hoffnungslosigkeit beginnt der wahre Optimismus“, Jean Paul Sartre.

Euer  
Ernst Scharbach

## AKTUELL IN DIESER AUSGABE

### ■ VOR DER BUNDESTAGSWAHL

Seite 1

### ■ BESSERE EINGRUPPIERUNG FÜR SCHREIBKRÄFTE

Seite 2

### ■ DR. BÖHR AUF GEGENKURS

Seite 3

### ■ POSTTRAUMATISCHE BELASTUNGSSTÖRUNGEN

Seite 4-5

### ■ AUS DEM HPRP

Seite 6

## GdP bei Innenminister Karl Peter Bruch

Beim nächsten Gespräch mit Innenminister Karl Peter Bruch am 15. August wird die GdP insbesondere folgende Themen ansprechen:

- Etatsituation und Einsatzkosten
- Änderung Versammlungsrecht
- Schadensachbearbeitung bei Unfällen
- DP wird über die Ergebnisse ausführlich berichten.
- FH-Ausbildung/Bachelor- und Masterabschlüsse
- Abschluss zweigeteilte Laufbahn/Beförderungen
- Neue Uniformen

## GdP und PSW im Internet:

- <http://www.gdp-rp.de>
- <http://www.psw-rp.de>
- <http://www.psw-reisen.de>

E-Mail:

- [gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)
- [psw-rp@gdp-online.de](mailto:psw-rp@gdp-online.de)
- [psw-reisen-rp@gdp-online.de](mailto:psw-reisen-rp@gdp-online.de)

# Bessere Eingruppierung für Schreibkräfte

**Für die Schreibkräfte der Polizei wird es bessere Eingruppierungsmöglichkeiten geben. Dafür sorgt der Anstoß der AG Schreibkräfte der GdP.**

Auch wenn unsere Vorstellungen nicht alle übernommen wurden (z. B. Anerkennung von selbständigen Leistungen, originäre Umgruppierung in die Vergütungsgruppe VI b BAT), kann eine tarifgerechte Eingruppierung der Schreibkräfte nun zu finanziellen Verbesserungen führen.

Eine durch das ISM eingesetzte AG der Personalsachbearbeiter der Präsidien – unter Mitwirkung von Annemarie Grindel und Margarethe Relet – hat einen Aufgabenkatalog für Tarifbeschäftigte erstellt. Die in dem Katalog aufgeführten „Muster-Arbeitsvorgänge“ wurden zwischenzeitlich gemeinsam mit dem ISM bewertet. Auf dieser Grundlage können zukünftig Stellenbeschreibungen und

-bewertungen individuell nach Zuordnung der jeweiligen Zeitanteile gefertigt werden. War die Eingruppierung in den Geschäftszimmern bisher nach Maßgabe des ISM aus dem Jahre 1990 der Vergütungsgruppe VIII BAT zugeordnet, besteht nun die Möglichkeit der Eingruppierung in die Vergütungsgruppe VII Fall-



Margarethe Relet

gruppen 1a oder 1b BAT mit einem Bewährungsaufstieg (nach sechs oder neun Jahren) in die Vergütungsgruppe VIb BAT. Dieser Katalog findet ab 1. 7. 2005 bei Neueinstellungen Anwendung.

Grundsätzlich kann diese Regelung auf vorhandenes Personal übertragen werden. Schreibkräfte, die nicht mehr überwiegend (50%) Schreibtätigkeiten wahrnehmen und aufgrund anderer Tätigkeiten in einem Geschäftszimmer der Vergütungsgruppe VII BAT zuzuordnen sind, können nach Einzelfallprüfung in die Vergütungsgruppe VI b BAT eingruppiert werden. Bewährungszeiten als Schreibkraft in der Vergütungsgruppe VII BAT werden auf den Bewährungsaufstieg angerechnet, so dass direkt die Vergütung aus VI b BAT erfolgen kann. Einbußen durch den Wegfall von Bewährungs-/Funktions- oder Leistungszulagen werden durch den Tarifvertrag über den Rationalisierungsschutz für Angestellte ausgeglichen.

Da es sich in dem Aufgabenkatalog überwiegend um Tätigkeiten in Geschäftszimmern handelt, ist der Anwendungsbereich des Kataloges auf folgende Organisationen begrenzt:


- Sachbearbeiter/in in einem Inspektionsbüro,
- Sachbearbeiter/in im Direktionsbüro einer Polizei-, Kriminal-, Verkehrsdirektion

- Sachbearbeiter/in im Fachkommissariat bei einer RKI/ZKI

Die Personalabteilungen der Präsidien prüfen zurzeit anhand des Aufgabenkataloges, welche Angestellten aufgrund ihrer jetzt auszuübenden Tätigkeiten tarifgerecht in die Vergütungsgruppe VII (Fallgruppe 1a oder 1b) BAT oder sogar direkt in die VIb BAT eingruppiert werden können. Da die angegebenen Zeitanteile der einzelnen Arbeitsvorgänge für die Bewertung ausschlaggebend sind, ist eine sorgfältige Prüfung und Darstellung durch die Angestellten (in Zusammenarbeit mit den Vorgesetzten) dringend erforderlich. Für Fragen stehen die Personalabteilungen, aber auch die Personalräte und GdP-Tarifexperten zur Verfügung.

Dieses Ergebnis ist ein kleiner Schritt nach vorne, der aufgrund der veränderten Arbeitsmethoden in den letzten Jahren allerdings dringend erforderlich wurde. Für die Zukunft gilt: Eine tarifgerechte Eingruppierung führt bei einer Übernahme des neuen Tarifvertrages öffentlicher Dienst zu einer gerechteren Überleitung in die neue Entgeltabelle.

Margarethe Relet



**Deutsche Polizei**

**Ausgabe:**  
Landesbezirk Rheinland-Pfalz

**Geschäftsstelle:**  
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15  
55129 Mainz  
Telefon (0 61 31) 96 00 90  
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99  
Internet: <http://www.gdp-rp.de>  
E-Mail: [gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)

**Redaktion:**  
Jürgen Moser (v.i.S.d.P.)  
Polizeipräsidium Westpfalz  
67621 Kaiserslautern  
Telefon (06 31) 3 69 23 13  
Telefax (02 11) 3 69 23 14  
E-Mail: [jmoser@gdp-online.de](mailto:jmoser@gdp-online.de)

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-2 22  
Anzeigenleiter: Michael Schwarz  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29 vom 1. Januar 2005

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87  
ISSN 0170-6470

## GdP VOR ORT

# Ernst Scharbach bei PD Trier

Seinen Antrittsbesuch beim neuen Leiter der PD Trier Franz Anknor unternahm GdP-Vorsitzender Ernst Scharbach Ende Juni. Franz Anknor informierte zusammen mit seinen Führungskräften und den Personalräten Günter Noß und Josef Schumacher über Strukturen und die Personalsituation bei der PD Trier.

Vor allem die 93 gesundheitlich angeschlagenen und dienstlich eingeschränkten Kolleginnen und Kollegen bilden eine für die Gestaltung der Dienststärke erhebliche Problematik. Sie

machen mehr als 20% des Personalstandes aus.

Viele können den Dienst im WSD gar nicht mehr ausüben; wenige stehen nach wie vor in einem veränderten Schichtdienst (2. Schichten u. ä.) den Dienstgruppen zur Verfügung. Angerechnet werden sie den Schichten zu 100%, auch wenn sie nur zu bestimmten Dienstzeiten (Bsp.: nur Tagesschichtdienst) zur Verfügung stehen.

Weitere Themen waren die Perspektiven im Tarifbereich (AG Schreibkräfte), Führen mit

Zielen und damit verbunden OPCO, die durch das Polizeipräsidium durchgeführten Erhebungen im Bereich der CAF, Vorgesetztenbewertung, Lob und Anerkennung sowie das Vorschlagswesen.

Ernst Scharbach konnte in dem ca. 2 ½ Stunden dauernden Gespräch einige Anregungen aufnehmen. Von seiner Seite aus wurde ein kurzer Abriss über die polizeiliche Zukunft in Deutschland und Rheinland-Pfalz gegeben.

Josef Schumacher

POLITISCHE SCHWERPUNKTE

# Dr. Böhr (CDU) auf Gegenkurs

**Die Monate bis zur Landtagswahl im März 2006 versprechen eine heftige Auseinandersetzung um die künftige Ausrichtung der Politik. Beim Thema Polizei und Öffentliche Sicherheit geht CDU-Chef Dr. Christoph Böhr schon jetzt auf Gegenkurs zur Landesregierung.**

Das Land sei finanziell am Ende, jetzt gelte das Gebot des Sparens, so setzt Dr. Christoph Böhr die erste Marke seines Regierungsprogramms im Gespräch mit der Westerwälder Zeitung. Sparen will der Trierer Politiker jedoch keinesfalls an der Sicherheitslage im Land. Er meint, dass es bei der Polizei nicht ohne eine Personalaufstockung

im Land gehe – besonders in ländlichen Regionen. Konkreter wollte er allerdings nicht werden. Bleibt also nur der Rückgriff auf die Personalforderungen unter seiner Regie als Fraktionschef im Landtag. Da waren es im letzten Jahr 50 Stellen mehr als die SPD/FDP-Landesregierung in den Etatplan eingestellt hatte.

Der CDU-Vorsitzende spricht von einer verunglückten Polizeireform in den neunziger Jahren, die die SPD/FDP-Landesregierung zu verantworten habe. Zitat aus dem Artikel in der Westerwälder Zeitung: „Es ist nicht so, wie manch einer aus der Regierung uns gelegentlich weismachen will, dass nämlich die objektive Sicherheitslage, die angeblich besser ist, völlig auseinanderklafft, und das subjektive Sicherheitsempfinden von uns blöden Bürgern, die sich gefährdet fühlen“.

Hinterfragen will Dr. Böhr, ob die von der Polizei erbrachte

Dienstleistung Sicherheit künftig „wirklich ausschließlich von akademisch vorgebildeten Beamten erledigt werden muss.“ Er baut auch gleich vor: „Die Polizei hört dies nicht besonders gern.“ Der Personalmangel könne nicht nur auf dem klassischen Wege behoben werden, denn um mit dem Streifenwagen nach dem Rechten zu schauen, müsse man nicht drei Jahre auf der Fachhochschule gewesen sein, erklärte Böhr. „Wir brauchen beides, hoch qualifizierte Fachkräfte etwa mit Blick auf die Bekämpfung der internationalen Bandenkriminalität, aber es gibt auch Tätigkeiten, für die ich nicht studiert haben muss“, erläutert der MP-Kandidat der CDU seine Überlegungen.

TW

## KOMMENTAR

Wenn CDU-Chef Dr. Christoph Böhr zu Kernfragen der Polizeientwicklung in Rheinland-Pfalz Stellung nimmt, hat das Gewicht. Man darf nämlich annehmen, dass er die ersten Marken für das Regierungsprogramm seiner Partei setzen will, die am 26. März 2006 bei der Landtagswahl auf Sieg setzt. Böhr spricht nicht umsonst Fragen der Öffentlichen Sicherheit an, ist es doch nach Umfragen das einzige Feld, auf dem er mit Ministerpräsident Kurt Beck im Kompetenzranking wenigstens gleichziehen kann. Allerdings erschließt sich aus seinen Aussagen leider nicht richtig, wo der Weg hingehen soll.

Mit dem CDU-Chef ist die GdP der Meinung, dass die Personalstärke unzureichend ist. 10 000 Polizistinnen und Polizisten sollen es in Rheinland-Pfalz sein, so die GdP-Forderung. Das wäre in einem 10-Jahres-Plan zu erreichen, wenn das Einstellungskontingent pro Jahr um etwa 100 Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter aufgestockt würde. Solchen Zahlen hat sich die CDU bisher nicht genähert.

Von einer verunglückten Polizeireform zu sprechen, ist allein nicht erhellend. Besser wird dies mit Böhrs Aussagen zur Sicherheitslage nicht. Hier muss die CDU nachlegen und im Detail Mängel der heutigen Polizeiorganisation sowie ihre darauf ausgerichteten Lösungen aufzeigen. Auf die Analyse darf man gespannt sein, denn in Kreisen der Polizei, bei den Gewerkschaften oder auch der Justiz gibt es kaum noch jemand, der den Erfolg der Organisationsreform bei der Polizei in Frage stellt. Bleibt eigentlich nur zu hoffen, dass der Anriss zum Thema Polizeiorganisation in einem Atemzug mit der beabsichtigten Neuausrichtung der ADD in Koblenz, Trier und Neustadt nicht in einer Integration von Polizei in reanimierten Bezirksregierungen endet.

Noch fataler wäre der Rückschritt nach den CDU-Plänen bei der Ausbildung und Bezahlung der Polizei. Dr. Böhr will offensichtlich die zweigeteilte Laufbahn kippen. Das würde bedeuten: Entweder gibt es wieder eine vorgeschaltete Ausbildung als Hinführung zum FH-Studium für alle Polizeibewerber mit mindestens Hauptschulabschluss oder die FH-Ausbildung fällt als Regelausbildung der Polizei und es gibt wieder eine Ausbildung zum Mittleren Dienst. Beides kann aus fachlicher Sicht nicht ernsthaft gewollt sein. Eine Zusatzausbildung vor dem FH-Studium kostet Zeit und Geld und erfordert neuen Personalaufwand.

Das FH-Studium als Regelausbildung für alle Polizeianfänger aufzugeben würde heißen: Das Ausbildungsniveau wird gesenkt und die gestiegenen Anforderungen der Bürgerinnen und Bürger an ihre Polizei werden einfach ignoriert. Wer das heutige FH-Studium der Polizei mit den früheren Ausbildungssystemen vergleicht, wird aber zum Ergebnis kommen, dass die ungleich bessere Mischung von Theorie und Praxis zu weit besseren Ergebnissen führt, aber im Zeitaufwand nicht deutlich höher liegt. Also – und das soll Böhr doch offen sagen – geht es ums Geld. Die FH-Ausbildung ist der CDU offensichtlich als System zu teuer und dass nach abgeschlossener Ausbildung alle als Kommissar beginnen, war den Sparkommissaren der CDU schon immer ein Dorn im Auge. Die CDU hat eine andere Polizei im Blick: Hier und da ein paar mehr Polizistinnen und Polizisten in der Fläche, in der Masse aber wieder mit weniger anspruchsvoller Ausbildung dem Mittleren Dienst zugeordnet und damit billiger. So rechnet sich das Ganze, glaubt die CDU.

Übrigens: Zur Lebensarbeitszeitverlängerung bei der Polizei hat sich Dr. Böhr nicht geäußert. Es wäre wünschenswert, wenn er sich öffentlich für eine Rücknahme aussprechen und das Ziel im CDU-Regierungsprogramm verankert werden würde.

Wir in der GdP haben uns mit den Vorschlägen von Dr. Christoph Böhr sofort befasst und ihm in einem Brief deutlich zu verstehen gegeben, dass wir in den wesentlichen Fragen divergierende Auffassungen haben. Die sollten bald bei einem Treffen von GdP-Vertretern mit Dr. Böhr zur Sprache kommen.



Euer Ernst Scharbach

# Posttraumatische Belastungsstörungen

**Dass Polizistinnen und Polizisten starken seelischen Belastungen ausgesetzt sind und diese Belastungen zum Teil nicht mehr selbst verarbeiten können, ist nicht neu. Neu ist aber, dass das Thema nicht mehr tabu ist. Gilt doch in unserem Beruf bis heute die psychische Stärke als dominierendes Symbol und das Gespräch über seelische Probleme als Zeichen von Schwäche. Dabei steht fest: Posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS) sind in Polizeikreisen kein Einzelfall. DEUTSCHE POLIZEI führte dazu ein Gespräch mit Frau Dr. Brigitte Bosse, Mainzer Fachärztin für Anästhesie – Psychotherapie, eine Psychotraumatologin, die sich auf die Behandlung von Traumafolgen spezialisiert hat.**

## Frau Dr. Bosse, was ist eine posttraumatische Belastungsstörung?

Ich möchte das anhand eines Beispiels zu erklären versuchen. Ein Beamter, den ich erfolgreich behandeln konnte, hat mir dies gestattet – dafür bin ich sehr dankbar. 2002 kam er in meine Praxis. Vorher war er als Kripobeamter seit vielen Jahren mit

Todesermittlungsfällen betraut gewesen. Das war sein Spezialgebiet, hier hatte er sich kompetent gefühlt. Das alles hatte sich 1998 mit dem Suizid eines Kindes geändert, das sich vor einen Zug geworfen hatte. Die Arbeit an diesem Todesfall, das Aufsammeln der Leichenteile, insbesondere des Gesichtes, verfolgten den Polizisten. Er konnte keine Lei-



Dr. Brigitte Bosse

chen mehr sehen. „Am schlimmsten sind die Selbstmörder“. Er hatte die Symptome einer posttraumatischen Belastungsstörung entwickelt (s. Kasten 1). Eine vorübergehende Versetzung brachte keine Hilfe; nach der Rückkehr an den alten Arbeitsplatz waren mit den ursprüngli-

Fortsetzung auf Seite 5

## PTBS: Post-Traumatische-Belastungs-Störung

Ein **Trauma** ist definiert als ein Ereignis, das die Verarbeitungsmöglichkeiten des Individuums überfordert. Oft geht es dabei um Tod oder Todesgefahr. Bei einer **akuten Belastungsreaktion** treten die Symptome innerhalb von vier Wochen auf. Die Entstehung einer **PTBS** dauert länger. Symptome treten oft erst Wochen oder Monate nach dem Erlebnis auf. Wenn die Symptome mehr als zwei Monate andauern, spricht man von einer **chronischen PTBS**. Eine posttraumatische Belastungsreaktion **muss behandelt werden**, sie heilt nicht von allein. Bleibt sie unbehandelt, können in der Folge weitere Krankheiten auftreten, zum Beispiel Depressionen, Angststörungen, Suchterkrankungen oder psychosomatische Erkrankungen. Die traumatischen Geschehnisse sind häufig verbunden mit einem Gefühl „emotionaler Taubheit“, Beeinträchtigung der Wahrnehmung, einem Fremdheitsgefühl in Bezug auf die Umgebung oder die eigene Person und nicht zuletzt der Unfähigkeit, sich an wichtige Aspekte des traumatischen Geschehens zu erinnern. In der Folge leiden traumatisierte Menschen unter verschiedenartigen **Symptomen**. Unwillkürliches Wiedererleben zählt dazu, häufig in Form von Gedanken oder inneren Bildern, die willkürlich nicht zu steuern sind (Intrusionen) oder auch in Form von Wiedererleben des traumatischen Ereignisses, als geschehe es hier und heute (Flash Backs). Menschen beschreiben das als Gefühl, „im falschen Film zu sein“. Ferner zählen dazu Alpträume, häufig auch intensive psychische oder körperliche Reaktionen, die mit einem körperlichen Erinnern des Geschehens verbunden sind, ohne dass dies dem Bewusstsein der Betroffenen immer zugänglich sein muss.

In der Folge entwickelt sich häufig ein Vermeidungsverhalten: Bewusstes Vermeiden von allem, was mit dem Trauma zu tun hat. Traumatisierte Menschen zeigen oft eine Rückzugstendenz, die das soziale Miteinander erheblich beeinträchtigen kann. Sie haben den Glauben an das Gute im Leben verloren. Ein weiteres Symptom ist das erhöhte Erregungsniveau (Hyper Arousal). Dazu gehören Ein- und Durchschlafstörungen, Reizbarkeit und Wutausbrüche, Konzentrationsschwierigkeiten, übertriebene Wachsamkeit und übertriebene Schreckreaktionen.

Gunhild Weihe v. d. Groeben

## KURZ & KNACKIG

### ■ Bis 65 ran

Es ist mit Fürsorgepflicht und Gleichheitsgrundsatz vereinbar, dass einige Polizeibeamte bereits mit Vollendung des 60. Lebensjahres in Ruhestand treten, während andere erst mit 61 bis 65 Jahren pensioniert werden. So entschied das OVG Rheinland-Pfalz am 10. Juni 2005 (Az.: 2 A 10187/05.OVG). Die GdP wird unter anderen Rechts Gesichtspunkten gegen die neuen Pensionsgrenzen bei der Polizei in Rheinland-Pfalz klagen.

### ■ Steuern rauf

Höhere Steuern plant eine CDU/CSU-Bundesregierung. Die Polizeibesetzten könnte das teuer zu stehen kommen. Auf der Sparliste stehen: Wegfall der Steuerfreiheit der Erschwerungszuschläge für Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeit, Absenken der Entfernungspauschale für Berufspendler, Abbau der Arbeitnehmerfreibetragspauschale und Einschränkungen bei den Arbeitnehmerwerbungskosten. DGB und GdP sehen in höheren Belastungen der Beschäftigten mit Steuern und Abgaben das ökonomisch vollkommen falsche Signal.

### ■ Gewalterfahrungen

Mit einer großen Anfrage will sich die SPD-Landtagsfraktion einen Überblick über die Erfahrungen der Polizei mit der seit März 2004 geltenden POG-Regelung zum Vorgehen bei Gewalt in engen sozialen Beziehungen verschaffen. In Fällen häuslicher Gewalt kann die Polizei ein befristetes Näherungs- und Kontaktverbot aussprechen.

Fortsetzung von Seite 4

chen Aufgaben die Horrorbilder wieder da und wurden unerträglich. Der Beamte, der immer gern in seinem Beruf gearbeitet hatte, verzweifelte fast. Auf Anraten der Sozialbetreuerin suchte er psychotraumatologische Hilfe.

**Zu diesem Zeitpunkt wurde er Ihr Patient – wie konnten Sie ihm helfen?**

Vor der psychotraumatologischen Behandlung war ein wichtiger Schritt die Anerkennung der Belastungsstörung als Folge eines Dienstunfalls. Damit war klar, dass der Beamte vor dem traumatisierenden Ermittlungseinsatz voll belastbar gewesen war. Er wurde aufgrund eines ärztlichen Attests von Todesermittlungsaufgaben freigestellt und zu einer Sonderkommission versetzt – ein erster innerbetrieblicher Lösungsansatz. Der Start am

neuen Arbeitsplatz gelang relativ gut; im weiteren Verlauf kamen jedoch Probleme auf. Die Gesamtbelastung wurde zu groß und der Beamte wurde für drei Monate arbeitsunfähig. In dieser Zeit wurde die psychotraumatologische Behandlung intensiviert. Die Symptome, wie ungewollte Erinnerungsbilder mit heftigen Gefühlen des Entsetzens und ebenfalls heftigen körperlichen Symptomen wie Herzklopfen, Schweißausbrüchen und Zittern sowie bedrückende Gedanken gingen nach und nach zurück. Ebenso die ihm selbst wesensfremde und unbegreifliche Gereiztheit, verbunden mit abrupten Stimmungsumschwüngen und ausgeprägter Rückzugstendenz. Heute ist der ehemalige Patient vollkommen geheilt.

**Psychotraumatologie nach einem polizeilichen Dienstunfall – kommt das häufig vor?**

Psychische Erkrankungen als Folge der Polizeiarbeit gibt es häufiger als man denkt. Mir erscheint das auch in gewisser Weise logisch. Polizisten erleben immer wieder Arbeitssituationen, in denen übliche Maßstäbe nicht gelten, ver-rückt sind. Die Traumasymptomatik ist eine angemessene Reaktion auf eine ver-rückte Situation. Die körperlichen Gefahren der Polizeiarbeit sind jedem bewusst. Die seelischen Folgen können genauso einschneidend sein. Sie sind aber mindestens ebenso gut heilbar. Das lässt sich, z. B. bei einer PTBS, mit einem einfachen Verfahren messen und überprüfen.

**Glauben Sie, dass alle Betroffenen sich Hilfe holen?**

Dank verbesserter Informationen werden es immer mehr, die sich Hilfe holen. Aber ich glaube, dass es noch vielen schwer fällt, sich seelische Verletzungen

eingzugestehen, weil dies ihrer Vorstellung von einem harten Mann oder einer harten Frau widerspricht.

Es gibt zudem die Sorge, von Kollegen nicht ernst genommen zu werden und die Befürchtung, dass ihnen Drückebergerei oder Rentenbegehren unterstellt werden könnte.

**Was raten Sie Menschen, die mit einer belastenden beruflichen Situation schlecht fertig werden?**

Sie sollten selbst überprüfen, ob ihre Reaktionen Ausdruck einer posttraumatischen Stressstörung sein könnte. Wenn ja, kann ihr Sozialbetreuer ihnen helfen, Hilfe zu finden.

JUNGE GRUPPE

**Erfolgreich betreut**

Mit dem Einsatz bei der GdP-Infothek in Enkenbach-Alsenborn schloss die JUNGE GRUPPE ihre Betreuungsaktivität bei den jungen Kolleginnen und Kollegen für das erste Halbjahr ab. Mit Erfolg: Rund die Hälfte der im Mai eingestellten Polizeianwärterinnen und Polizeianwärter hat sich inzwischen der GdP angeschlossen und eine ganze Reihe von ihnen steigt mit einer Kandidatur auf den GdP-Listen für die Wahl der Jugend- und aktive Gewerkschaftsarbeit ein.

Einen weiteren Akzent setzte der Landesjugendvorstand Anfang Juni mit einem Seminar in Brodenbach. „Wir haben intensiv über die Entwicklung der Gewerkschaften diskutiert und einige Anregungen für unsere Jugendarbeit in der Polizei aufnehmen können“, zieht Thomas Sinner, Landesjugendvorsitzender der GdP, ein positives Resümee.



Thomas Sinner

Der JUNGEN GRUPPE gehören alle GdP-Mitglieder bis 30 an. In Rheinland-Pfalz sind das rund 1000 Kolleginnen und Kollegen, eine starke Gruppe.

TW

FA TECHNIK

**Besser sichern**

Der FA Technik – Kfz, Waffen und Gerät – befasste sich mit den Sicherheitsrisiken der Schutzwesten ( Fa. Second Chance). Baldmöglichst soll die Landesregierung die entsprechenden Haushaltsmittel bereitstellen, damit der Auftrag zum Austausch der bereits ausgelieferten 4500 Schutzwesten läuft.

Fachlich wurden BKA-Berichte zum Tragen von Schutzwesten über dem Dienst- oder Sommerhemd bewertet. Das kann lebensgefährlich sein, wenn Kolleginnen und Kollegen Schmuckstücke und Piercings aus Metall tragen oder wenn sich z. B. Münzgeld bzw. ein Kugelschreiber in der Hemdentasche befinden. Unser Tipp: Schutzwesten sollen (...schon aus taktischen Gründen) unter der Dienstkleidung getragen werden. Ist dies aus besonderen Umständen nicht möglich, dürfen unter der Weste weder Tascheninhalte noch Körperschmuck verbleiben. Besonders gilt dies für Metallteile.

Erste praktische Erfahrungen können derzeit 170 Kolleginnen und Kollegen im Pilotprojekt mit dem neuen Einsatzstock sammeln. Die Ergebnisse aus dem Projekt wird der FA Technik ausgewertet. Anregungen zur umfassenden USB-Zugangsberechtigung beim Betrieb von Digital-kameras und zur Beschaffung von USB-Sticks in den Behörden und Einrichtungen wird die GdP der ZPT vortragen.

Helmut Knerr

Anzeige

**Neues Auto?**

Günstige Konditionen  
beim

**Polizeisozialwerk**  
Rheinland-Pfalz GmbH  
0 61 31 – 9 60 09 31

### Verabschiedet

**Verabschiedung aus dem HPRP:** Minister **Karl Peter Bruch** und HPRP-Vorsitzender **Ernst Scharbach** verabschiedeten die anlässlich der Personalratswahlen ausgeschiedenen Mitglieder **Annemarie Grindel, Jöbi Barz, Horst Vinhoven** und **Alfred Busch**. Minister Bruch betonte in seiner Ansprache die Bedeutung der Mitbestimmung für die gedeihliche Zusammenarbeit in den Dienststellen. Konflikte gehörten nicht unter den Teppich gekehrt, sondern im ordentlichen Dialog besprochen und gelöst. Scharbach dankte den Personalräten – stellvertretend für die vielen im Land – für ihr jahrelanges Engagement für die Interessen

der Kolleginnen und Kollegen und für die sehr gute Zusammenarbeit.

Kollege **Friedel Durben** informierte den HPRP ausführlich über den Sachstand zur Umwand-

lung der Polizei-Führungsakademie in die „**Deutsche Hochschule der Polizei**“. Im jetzigen 1. Studienjahr wird das Masterstudium erprobt werden. Für das laufende Vorbereitungsjahr werden die KollegInnen aus Hessen zu der bereits bestehenden Kooperation zwischen dem Saarland und Rheinland-Pfalz hinzukommen. Zu „**Führen mit Zielen**“ und „**OpCo**“ wurde ein Gespräch mit dem Leiter der Polizeiabteilung, den Vorsitzenden der Gesamtpersonalräte und Mitgliedern des HPRP vereinbart.



*Innenminister Karl Peter Bruch dankt Annemarie Grindel, Horst Vinhoven, Alfred Busch und Jöbi Barz (v. l. n. r.) zusammen mit dem HPRP-Vorsitzenden Ernst Scharbach für ihr langjähriges Engagement in der Personalratsarbeit für die Polizei*

*Dieter Kronauer (Arbeiter),  
Margarethe Relet (Angestellte),  
Ernst Scharbach (Beamte)*

## GdP-FRAUENSEMINAR

### Gut planen: Mehr Zeit für mich

Dass zu dem Thema „Zeitmanagement“ ein erheblicher Informations- und Schulungsbedarf besteht, zeigte sich bei der diesjährigen Ausschreibung des Frauenseminars. Nach nur zwei Tagen waren alle Teilnehmerplätze belegt. Wie bereits in der Seminausschreibung dargelegt, stellt Zeit besonders für Frauen oftmals ein fremdbestimmtes Element dar. Die Koordination von familiären, dienstlichen und gewerkschaftlichen Tätigkeiten führt zu alltäglichen Schwierigkeiten, die häufig einen veränderten Umgang mit der Zeit erfordern.

So zeigte sich zu Beginn des Seminars in der Problemanalyse, dass vorhandene Ähnlichkeiten auch auf strukturelle Gegebenheiten zurückzuführen sein dürften.

Mit Frau Gisela Abts aus Mainz konnte für das GdP-Frauenseminar „Zeitmanagement – Arbeitszeit, Familienzeit, Lebenszeit“ eine äußerst versierte sowie

selbst berufstätige und darüber hinaus sozial engagierte Mutter

und Großmutter als Referentin gewonnen werden. Es gelang ihr,



*Mehr Zeit gewonnen – Reges Interesse beim GdP-Frauenseminar*

in nachvollziehbaren Schritten, die zeitliche Koordination in Frage zu stellen und diverse Lösungsmöglichkeiten zur Verbesserung der eigenen Situation aufzuzeigen.

In Bezug auf den „ganz normalen Bürowahnsinn...“

zeigt eine Studie des Marktforschers IDC auf, dass durchschnittlich 19% der Arbeitszeit mit Suchen vergeudet werden, also nahezu ein Fünftel. Bei einer 40-Stunden-Woche bedeutet dies einen ganzen Arbeitstag, auf das Jahr gerechnet sind das ca. 50 Tage – nur Suchen!!! Der strukturierten

Zeit- und Aufgabenplanung kommt somit eine besondere Bedeutung zu.

Es wurde bereits um eine Wiederholung des Seminars gebeten. Wir freuen uns über das rege Interesse. Die Anregung wird in die Überlegungen für das Frauenseminar 2006 aufgenommen.

*Jutta Behnke, Frauengruppe*

Anzeige

**Urlaubsreif?**  
Günstiger verreisen mit  
**PSW-Reisen**  
Rheinland-Pfalz GmbH  
01801 PSW Reisen\*  
oder  
0 61 31 – 9 60 09 23  
\*zum Ortstarif

# Der PSW-Sommer ist da!

206 cc



## PEUGEOT 206 CC Filou

Mit

- \* 1,6 l 16V
- \* 80 kw (109 PS)
- \* 4 Airbags
- \* ABS Notbremsassistent und ESP serienmäßig
- \* Sportsitzen
- \* elektrische Fensterheber vorn und hinten
- \* Außenspiegel elektrisch verstell- und beheizbar

Lassen Sie sich von seinem Charme fesseln und starten Sie schon jetzt in den Sommer: Auf Knopfdruck wird aus dem rassigen Coupé in nur 25 Sekunden ein elegantes Cabrio. Und das zu einem unwiderstehlichen attraktiven Preis.

Zeigen Sie Klasse!

## Wieso Kompromisse machen?



Sie möchten einfach alles – leidenschaftliches Cabrio und elegantes Coupé? Der Opel Tigra TwinTop Cosmo vereint ganz selbstverständlich Dynamik, Eleganz und Sportlichkeit. Testen Sie ihn. Und erleben Sie, wie er auch Ihre höchsten Ansprüche erfüllt – mit dieser umfangreichen Ausstattung:

- elektrohydraulisches, versenkbares Stahl-Klappdach
- ESP
- Nebelscheinwerfer
- Lederlenkrad
- elektrische Fensterheber und Außenspiegel
- Zentralverriegelung mit Funkfernbedienung
- Sicherheitsgurte in Silber
- Sportsitze Stoff/Leder-Kombination, höheneinstellbar
- über 500 l Ladevolumen (nach ECIE-Messmethode)
- 16-Zoll-Leichtmetallräder

Hier bleiben keine Wünsche mehr offen!  
Super Konditionen beim

Telefon: 06131 - 96009-31  
Internet: [www.psv-rp.de](http://www.psv-rp.de)  
E-Mail: [psv-rp@gdp-online.de](mailto:psv-rp@gdp-online.de)



Opel. Frisches Denken für bessere Autos.

## Bei Senioren falsch gespart

Unerfreulich festzustellen ist, wie durch diverse Maßnahmen des Dienstherrn und durch persönliche Mehrbelastung eine finanzielle Einsparung bei Leistungsbeiträgen erzielt werden soll. Diesbezüglich stellt sich schon die Frage, ob Beamte oder Pensionäre für die missliche politische und gesellschaftliche Entwicklung verantwortlich sind und jetzt durch Streichungen oder Kürzungen abgestraft werden sollen. Gerade den heute Unterhaltsberechtigten war es doch vorbehalten, meist in schwerer Nachkriegszeit und oft unter misslichen, wenn nicht sogar unzumutbaren Umständen einen

Polizei- und Ordnungsdienst zu verrichten und die Sicherheit zu gewährleisten, der hinter heutigen Anforderungen nicht zurückstand und dessen Bezahlung beispielsweise von anderen Berufsgruppen nur belächelt worden war. Erst sehr viel später wirkten im Einvernehmen mit dem Dienstherrn gewerkschaftliche Errungenschaften wie begrenzte Wochenarbeitszeit, Freizeitausgleich oder Vergütung besonderer Anlässe. Bis dahin waren beispielsweise Gendarmerie-Beamte auf der Station wohnend „immer im Dienst“ und es lag im Ermessen des Kreischefs, ob er dem

Beamten „auf Antrag einen dienstfreien Tag in der Woche“ genehmigen konnte. Trotzdem sei darüber nicht geklagt. Was unter diesem Aspekt aber bei den Senioren nur Kopfschütteln hervorruft, ist das nicht verständliche ständige Gezerre hinsichtlich politisch geplanter Einsparungen durch Kürzung oder Streichung von vorher gesetzlich festgelegt gewesenem Zuwendungen, Planstellen oder Beihilfen. Und das betrifft beileibe nicht nur ehemalige, sondern auch aktiv im Dienst befindliche Kollegen, die ebenso wie die Senioren ursprünglich ihrem Dienstherrn vertraut hatten

und auf der Grundlage rechtsverbindlicher Vorschriften ihren Dienst verrichten. Ständige Änderungen, Neuerungen oder Anpassungen allein zu Lasten der Berechtigten erwecken nicht nur Misstrauen zu eben diesem Dienstherrn und wirken sich auch nicht vorteilhaft auf das dienstliche und kollegiale Verhältnis untereinander aus. Dem sollte doch entgegen gewirkt werden, steht doch der „politische Erfolg“ in der Prioritätenliste ganz oben neben dem Respekt und der Kameradschaft untereinander.

*Dieter Tendick, Pensionär*

## LESERBRIEF

### OpCo und Angst vor Vorgesetzten

Wenn der Kollege „DGL“ Furcht vor Mobbing hat, sich nicht wehren kann und bloß nicht seinen Namen genannt haben will, so finde ich das fürchterlich. Ich gehe also davon aus, dass der Kollege „DGL“ den Brief tatsächlich auch an Euch geschrieben hat und es keine Erfindung der Redaktion ist, um mal die Kollegenmeinung zu testen!!

Als ich mit unserem jetzigen Innenminister die Ausbildung bei K in Koblenz absolvierte, war eine solche Geisteshaltung, Angst vor dem Vorgesetzten – nur keine Meinung sagen – mindestens noch 20 Jahre bis Anfang der 80er-Jahre allgemeiner Grundsatz, von dem wir uns nur langsam gelöst haben. In manchen Köpfen ist diese Geisteshaltung leider immer noch vorhanden. Ich kann mir aber erstens nicht vorstellen, dass die in der Südpfalz entwickelte Software (OpCo) so „heiß gegessen wird, wie sie offenbar gekocht“ oder im Land gehandelt wird. Zweitens bin ich der Meinung der Redaktion, dass

in den Frühbesprechungen über die allgemeine Kriminalitätsslage und die Bewältigungen der allgemeinen polizeilichen Lagen geredet werden muss. Bleibt dann in den Dienstgruppen, Tages- und Bezirksdiensten und Kriminalfachkommissariaten noch Zeit über andere Dinge nachzudenken – die manchmal wünschenswert wären – dann bitte kann man diese „neuen Felder“ wie das heute auf Neudeutsch heißt „beackern“!

Ich bin aber der Meinung, dass die heute operativ tätigen Kolleginnen und Kollegen voll mit den normalen polizeilichen Lagen ausgelastet sind, was ja auch der mir sehr gut bekannte IdP Werner Blatt damit meint, wenn der von „außen bestimmten Tagesgeschäft“ spricht. Auch der neue IM Karl-Peter Bruch wird sicherlich das Richtige bei den vielen Führungsstäben veranlassen, damit es hier nicht zu Auswüchsen kommt, dafür war er lange genug an der „Front“!

*Rolf Günther, KI Montabaur*

## KG PP/PD KOBLENZ

### Computerkurs für Senioren

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da einige Kollegen Interesse an einem Computerlehrgang für Anfänger und Fortgeschrittene bekundet haben, bemühen wir uns, ein günstiges Angebot für einen Lehrgang zu finden. Um

diesem Anliegen nachkommen zu können, müssten wir zunächst die grobe Anzahl der Interessenten feststellen. Deshalb bitten wir um Anmeldung bis zum 31. 8. 2005 bei

*Josef Baus, Tel.: 02 61/4 09 29*

## WIR TRAUERN UM

Maria Gudelia **Reuter**, Bepo Wengerohr, 53 Jahre, Ehefr. v. Koll. Ferdinand Reuter  
 Willy **Wertz**, PP/PD Koblenz, 90 Jahre  
 Peter **Schmidt**, Vorderpfalz, 86 Jahre  
 Reiner **Gillmann**, Rhein-Nahe, 50 Jahre  
 Friedolin **Borowski**, PP/PD Mainz, 92 Jahre  
 Kurt **Steis**, PD Pirmasens, 74 Jahre  
 Waldemar **Bentz**, PP Westpfalz, 52 Jahre  
 Walter **Neeb**, PD NR/Altenkirchen, 62 Jahre  
 Helmut **Tendyck**, Ww/Rhein-Lahn, 54 Jahre, Ehemann v. Koll. Ursula Tendyck  
 Ursula **Kern**, Südpfalz, 62 Jahre, Ehefr. v. Koll. Reinhard Kern

**Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.**